

## «Sonst geht die Gerechtigkeit verloren»

Der Wille des Einzelnen dürfe nicht höher gewichtet werden als sein Beitrag für das Gemeinwohl, sagt Medizinethikerin Susanne Driessen.

Janina Gehrig

In der aktuellen Pandemiedebatte werden Rufe nach dem Verursacherprinzip immer lauter. Die Ungeimpften sollen die «Kosten» übernehmen, welche der Gesellschaft entstehen. So hat etwa die Co-Präsidentin der Operation Libero vergangene Woche in der SRF-Sendung «Club» die Frage aufgeworfen, ob wir als Mehrheit «in Kauf nehmen müssen, dass Menschen, die sich einer Impfung verweigern, ihre Mitmenschen gefährden, das Gesundheitssystem an den Anschlag bringen, Burn-outs beim Pflegepersonal und Schulschliessungen verursachen oder gar in einen Lockdown führen, welcher die Freiheit aller einschränkt». Nach dem Verursacherprinzip müssten diese Leute etwa die wirtschaftlichen Schäden tragen. Auch verschiedene Gesundheitspolitiker, wie etwa Mitte-Nationalrätin Ruth Humbel, forderten, dass Ungeimpfte die Konsequenzen ihres «Nichthandelns» tragen und gegebenenfalls auf einen Platz auf der Intensivstation verzichten sollten. Was hält die Ärztin und Präsidentin der Ethikkommission Ostschweiz und der nationalen Dachorganisation swissethics, Susanne Driessen, von diesen Ideen?

Driessen ist vor allem für Fragen der Forschungsethik zuständig, sie behandelt mit ihrer Kommission etwa Gesuche zur Covid-Forschung. Mit den eingangs erwähnten Fragen setzt sie sich persönlich auseinander. Die Schweiz habe in dieser Pandemie sehr gute Entscheide gefällt, hält sie vorerst fest, etwa, indem sie auf die besonders wirksamen Impfstoffe gesetzt und diese früh zugelassen habe. Dennoch habe sich gezeigt, dass Länder, welche von der Pandemie viel stärker betroffen waren wie Italien oder Spanien, heute nicht so «schwierig» dastehen wie wir in der Schweiz. Dass jede und jeder ausschliesslich autonom entscheide in dieser Pandemie, funktionierenere einfach nicht. Und, sagt Driessen: «Das Hauptproblem ist die Impfunwilligkeit.»

Driessen hält sich an die vier Prinzipien aus der Bioethik, welche auch bei medizinischen Fragestellungen angewendet werden: das Prinzip, die Autonomie zu wahren, das Prinzip gerecht zu sein; jenes, Gutes zu tun und das Prinzip, nicht zu schaden. «Von diesen Prinzipien wird die Autonomie aktuell in unserer Gesellschaft mit Betonung von Individualität massiv überbewertet. Die Gerechtigkeit und der Gedanke, solidarisch zu sein mit besonders gefährdeten Menschen, welche sich entgegen ihren Wünschen nicht impfen lassen können oder eine grössere Wahrscheinlichkeit haben, an Covid-19 zu sterben, geht zunehmend verloren.»

### Individuelle Freiheit versus gemeinschaftliches Wohl

Es könne nicht sein, dass der Wille jedes einzelnen Menschen höher gewichtet werde als sein Beitrag für ein gelingendes, gemeinschaftliches Wohl. Für Driessen ist klar, dass Letzteres mehr Beachtung finden müsste. «Es braucht die Anstrengung von allen.» Damit widerspricht sie der Medizinethikerin Ruth Baumann-Hölzle, welche die individuelle Freiheit, die in unserem Rechtsstaat garantiert ist, durch die Massnahmen der Regierung tangiert sieht.

Für Baumann-Hölzle, die während vieler Jahre der Nationalen Ethikkommission angehörte, erfüllt das Impfen – wie jeder medizinische Eingriff – potenziell den Tatbestand der Körperverletzung. Die Würde des Menschen oder



Wer bei einer Ressourcenknappheit einen Platz auf der Intensivstation erhalten soll, regelt ein Triage-Konzept.

Bild: Reto Martin (Münsterlingen, 4. Februar 2021)

dessen soziale oder psychische Integrität würden verletzt, wenn der Staat Druck ausübe, um die öffentliche Gesundheit zu schützen, hatte sie gegenüber Radio SRF im Oktober gesagt. «Das ist falsch», findet Susanne Driessen. «Nur, weil es einen gemeinschaftlichen Effort und Solidarität mit den Schwachen braucht, um aus dieser Pandemie zu kommen, heisst das nicht, dass man individuelle Entscheide in unberechtigtem Mass vernachlässigt.»

### Impfobligatorium des Pflegepersonals

Die Ärztin Susanne Driessen spricht sich denn auch für ein Impfobligatorium für Gesundheitsberufe aus. «Die Impfpflicht gegen Hepatitis B ist für Gesundheitsberufe vorgeschrieben und wird breit akzeptiert. Wer einen Beruf in diesem Bereich wählt, hat eine besondere moralische Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten für die Sicherheit und Unversehrtheit derer zu sorgen, die ihm anvertraut werden.»

So weit wie die Gesundheitspolitiker, die fordern, Ungeimpfte sollten auf eine Behandlung verzichten, geht

Driessen jedoch nicht. In einer solidarischen Gesellschaft habe jede und jeder das Recht auf Behandlung. Schliesslich würden auch Raucherinnen und Risikosportler bei Krankheit oder Unfällen behandelt, hatte etwa der St.Galler Gesundheitschef Bruno Damann gesagt. Aber kann man Raucher, die einer Sucht verfallen sind, mit Menschen, die sich weigern, sich piksen zu lassen, überhaupt vergleichen? Driessen sagt: «Auch Ungeimpfte, die schwer erkranken, müssen die volle medizinische Versorgung und Zuwendung erhalten. Denn es entspricht genauso wenig dem Solidaritätsprinzip, wenn Menschen, die eine Pandemielage völlig anders eingeschätzt haben, dadurch bestraft werden, dass sie keine Hilfe durch die Gemeinschaft erhalten.»

### Fehlwissen statt Unwissen

Aber welche Konsequenzen müssen jene tragen, die sich nicht impfen lassen? «Wer Nein sagt zur Impfung, sagt Ja zur Krankheit. Man akzeptiert, dass man daran sterben kann. Das ist die Konsequenz des Handelns.» Driessen spricht nicht von Unwissen, sondern

von Fehlwissen. «Die Leute denken, sie könnten in jeder Situation vollständig informierte Entscheide treffen. Doch häufig schätzen sie das Risiko nicht richtig ein.» So, wie das etwa auch einem Fallschirmspringer passieren kann, der die Wind- und Wettersituation falsch einschätzt und verunfallt. Ein Land wie die Schweiz, sagt Driessen, würde nie so weit gehen, einem Menschen die Behandlung aus diesem Grund zu verweigern. Hier setze man sich grundsätzlich dafür ein, stets gut zu handeln und das Leben als Geschenk zu verstehen.

Anders sieht das in angelsächsischen Ländern aus. Dort herrsche traditionell eine rein utilitaristische, «zielorientierte» Sichtweise vor. «Leben zu erhalten, kann dort nicht allein das übergeordnete Ziel sein. Ab einem gewissen Alter bekommen etwa Nierenkranke kein Spenderorgan mehr. In der europäisch-abendländischen Kultur hingegen sind wir es gewohnt, füreinander zu denken.» In stärker zentralistisch geprägten Staaten wie Frankreich, aber auch Italien, Spanien und Portugal, würden die Menschen von der Regierung verordnete Massnahmen eher

hinnehmen. In der Schweiz mit föderalistischer Tradition sei das freiheitliche politische System eher ausgeprägt. «Deshalb könnten wir dazu neigen, die Freiheit des Denkens und der autonomen Entscheidung übermässig zu bewerten.» Dabei sei gefordert, sich wissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüber nicht zu verschliessen und alle vier bioethische Prinzipien zu berücksichtigen und diese miteinander abzuwägen, wenn wir uns als Gesellschaft für oder gegen Massnahmen entscheiden.

Aufgrund welcher Entscheidungskriterien erhält jemand – Stand heute – eine Behandlung, wenn es auf den Intensivstationen eng wird? Die entscheidende Frage, sagt Driessen, werde sein: Wer hat die grösste Chance, eine Beatmung zu überleben? Durch Kampagnen lassen sich Massnahmengegner und Impfskeptiker heute kaum mehr erreichen. Was rät Susanne Driessen? Es brauche weiterhin Aufklärung. Und einen Appell an die Wissenschaft, Erkenntnisse emotionslos an die Öffentlichkeit zu vermitteln. «Die Vernunft soll siegen. Denn wenn wir nicht mehr überlegen, ob sinnvoll ist, was wir tun, werden wir nicht glücklich sein.»

## «Wer Nein sagt zur Impfung, sagt Ja zur Krankheit.»

Susanne Driessen  
Medizinethikerin

### So bereiten sich Ostschweizer Spitäler auf die Triage vor

In den beiden Kantonsspitalern Münsterlingen und Frauenfeld im Thurgau werden Teams gebildet, welche über die nötigen Kompetenzen verfügen, um Triage-Entscheidungen zu treffen. Die Teams bestehen aus vier Experten, die auch noch weitere Fachdisziplinen beziehen könnten. Das Triage-Konzept basiert auf dem Grundlagenpapier der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW). Dieses sieht als oberstes Ziel vor, möglichst viele Menschenleben zu retten. Patientinnen und Patienten, bei denen die

Wahrscheinlichkeit am kleinsten ist, die Intensivtherapie (ohne grössere Schäden) zu überleben, werden im Fall der Knappheit nicht auf der Intensivstation behandelt.

Auch das Kantonsspital St. Gallen orientiert sich an diesen Richtlinien. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese «bei ausserordentlicher Ressourcenknappheit» umgesetzt werden müssten, erhöhe sich aktuell mit jedem Tag, hatte Mediensprecher Philipp Lutz vergangene Woche gegenüber dieser Zeitung gesagt. (jan)



Susanne Driessen, Ärztin und Präsidentin der Ethikkommission Ostschweiz.

Bild: PD